

Demokratie ohne Parlament

Anarchisten lehnen parlamentarische Wahlen seit jeher als bloßes Vorgaukeln von Mitbestimmung ab. Wem aber dient diese Regierungsform, wenn nicht den Wählern?

Von Gabriel Kuhn

Bei den Wahlen in Bayern und Hessen waren die (ehemaligen) Großparteien CDU/CSU und SPD die jeweiligen Verlierer. Das bestätigt einen Trend, der den Parlamentarismus in der gesamten westlichen Welt kennzeichnet. In Österreich konnte die ÖVP einen Fall ins Bodenlose nur verhindern, indem sie in die «Liste Kurz» mutierte, eine Wahlplattform für den «politischen Rockstar» (so Richard Grenell, US-Botschafter in Deutschland) und jetzigen Bundeskanzler Sebastian Kurz. In Frankreich verlor die Parti Socialiste bei den Parlamentswahlen im Jahr 2017 sage und schreibe drei Viertel ihrer Stimmen. In Schweden wurde den Sozialdemokraten bei den Wahlen 2018 das schlechteste Ergebnis ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte präsentiert. In Italien wird die Regierung von zwei sogenannten Protestparteien, der Fünf-Sterne-Bewegung und der Lega, gebildet. Und in den USA, wo das Zweiparteiensystem zu zementiert ist, um alternative Parteien an die Macht zu spülen, vollziehen sich die Umwälzungen innerhalb der etablierten: Trump triumphierte, obwohl sich die gesamte republikanische Elite gegen ihn stellte. Bernard «Bernie» Sanders gelang dieser Coup bei den Demokraten nicht; die Quittung bekam die Partei am Abend der Präsidentschaftswahl.

Nun ist demokratiepolitisch gesehen der Machtverlust ehemaliger Großparteien nichts Schlechtes. Problematisch wird er jedoch, wenn in erster Linie Kräfte von ihm profitieren, die mit Demokratiepoltik wenig am Hut haben. Die Beispiele sind hinreichend bekannt: etwa die FPÖ in Österreich, die AfD in Deutschland oder die Schwedendemokraten. Dass auch vermeintlich linke Kräfte vom Absturz der ehemaligen Großparteien profitieren, ist – zum Glück – richtig. Doch

man muss hier realistisch sein: Die Grünen mögen neben der AfD in Bayern und Hessen als Wahlsieger gelten, kommen aber dennoch nicht auf mehr als 20 Prozent. Das Gleiche galt für Jean-Luc Mélenchon bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich. Ganz knapp über 20 Prozent lag die KPÖ Graz, das Aushängeschild lokaler linker Parteipolitik im deutschsprachigen Raum, bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 2017. Und als in Schweden bei den Parlamentswahlen 2018 die Linkspartei als zweite Gewinnerin neben den Schwedendemokraten gefeiert wurde, bedeutete das in nackten Zahlen einen Anstieg von 6 auf 8 Prozent. Womöglich noch

ernüchternder ist die Tatsache, dass sich die Grenzen, die das herrschende System linken Parteien setzt, selbst dort zeigen, wo diese in Machtpositionen gewählt werden. Die Enttäuschungen über Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien sind berechtigt, beruhen aber auf falschen Hoffnungen.

Die Krise der Großparteien ist zweifelsohne auch eine Krise des Parlamentarismus. Menschen haben kein Vertrauen mehr in die Politik, sind der Korruption, Bürokratie und leeren Versprechungen müde. Viele haben das Gefühl, dass sich «eh nichts ändert», nur weil man alle paar Jahre ein läppisches Kreuz macht. Dementsprechend gering ist die Wahlbeteiligung. Selbst in Ländern, in denen es die Wahlpflicht noch gibt, gehören Nichtwähler zu den größten Wählergruppen: In Argentinien machen sie in der Regel 20 Prozent, in Griechenland zuletzt gar 45 Prozent aus. In manchen Ländern, in denen es keine Wahlpflicht gibt, liegt die Wahlbeteiligung gar bei unter 50 Prozent. Bei den Parlamentswahlen in Rumänien 2016 gingen 39,78 Prozent der Wahlberechtigten zur Urne.

Als ich vor zehn Jahren die US-amerikanische Punkrock-Legende Ian MacKaye für mein Buch *Sober Living for the Revolution* interviewte, meinte er: «Ich weiß, dass in diesem Land – zumindest seit zehn, wahrscheinlich aber seit zwanzig oder gar dreißig Jahren – die stärkste politische Partei weder die Republikanische Partei noch die Demokratische Partei ist. Es ist die «Apathische Partei.» Tatsächlich machten in den USA bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2016 nur 55 Prozent aller Wahlberechtigten ihr Kreuz. Wenn wir berücksichtigen, dass Millionen der in den USA lebenden Menschen gar nicht wahlberechtigt sind (etwa weil sie keine Staatsbürgerschaft haben oder Gefängnisstrafen verbüßen), wurde Präsident Trump von weniger als einem Viertel der Bevölkerung

Die Krise der Großparteien ist zweifelsohne auch eine Krise des Parlamentarismus. Menschen haben kein Vertrauen mehr in die Politik, sind der Korruption, Bürokratie und leeren Versprechungen müde.



Den Glauben an demokratische Mitbestimmung durch
Wahlen haben viele schon lange verloren. Dient
womöglich das parlamentarische System selbst mehr der
Augenwischerei als der zivilgesellschaftlichen Teilhabe?



gewählt. Deutlicher können demokratische Legitimationsprobleme kaum werden.

Anarchisten lehnen parlamentarische Wahlen seit jeher als das bloße Vorgaukeln von Mitbestimmung ab. Der Parlamentarismus wird als Instrument der herrschenden Klasse gesehen. Der bekannteste Anarchist Michael Bakunin drückte das so aus: «Da die bürgerlichen Interessen denen der arbeitenden Massen unbedingt entgegengesetzt sind, so ist gewiss, dass ein bürgerliches Parlament nie etwas anderes wird tun können, als die Lohnklaverei des Volkes gesetzlich zu machen und alle Maßnahmen zu bewilligen, die darauf ausgehen, sein Elend und seine Unwissenheit zu verewigen. Man muss wirklich sehr naiv sein, um zu glauben, ein bürgerliches Parlament könne aus freien Stücken für eine geistige, materielle und politische Befreiung des Volkes stimmen.»

Parlament contra Räte

Bakunin schrieb dies vor über hundert Jahren. Seine Worte klingen erstaunlich aktuell. Noch verblüffender jedoch ist Johann Mosts Beschreibung der parlamentarischen Realität. Der prominente Anarchist verfasste den Text «Der Stimmkasten» im Jahr 1892 – es hätte aber auch gestern sein können: «Da liest einer behaglich seine Morgenzeitung; dort plaudern und lachen zwei oder drei andere über lustige Privaterlebnisse; hier <fix> ein Zeitungsmensch einige Artikel; da laufen andere gähnend umher; manchmal schläft auch dieser oder jener auf einem der im Hintergrunde stehenden Sofas seinen vornächtlichen Rausch aus; die meisten aber treiben sich außerhalb des Sitzungssaales umher: in der Bibliothek, im Lese- oder Schreibzimmer, im Rauchsalon, ganz besonders aber in der Restauration, deren Pächter gewiss nicht lügen würde, wenn er den Herren Gesetzgebern das Zeugnis ausstellte, dass ihre Bäuche zehnmal mehr leistungsfähig seien als ihre Gehirne, denn es wird da unglaublich viel zusammengeschlemmt. Inzwischen reden die Sprecher zu den leeren Parlamentssesseln, zu den Galerie-Neugierigen, denen es wohlweislich nicht gestattet ist, sie auszupfeifen, und zu den Journalisten, welche ihre Quasseleien – nachdem dieselben in einen druckfähigen Stil umgewandelt wurden – der Welt als staatsmännische Weisheit zu servieren haben. Die Abstimmung naht heran – der Präsident lässt nach allen Richtungen hin den Haustelegrafen spielen – am allerlautesten schellt es

in der Kneipe – die <Volksvertreter> taumeln allmählich herein – die Macher stellen sich an die Spitze ihrer betr. Parteien – die anderen richten sich nach diesen. Jetzt ist der feierliche Moment da: eins, zwei, drei, die Abstimmung ist gemacht, das Gesetz ist fertig. Das klingt recht heiter; es ist aber eine blutigernste Sache, dass die Völker gewöhnlich Jahrzehnte dazu brauchen, um solchermaßen zu Stande gekommene Gesetze wieder abzuschaffen. Das ist der Parlamentarismus.»

Parlamentarismuskritik in der Linken ist allerdings keine rein anarchistische Domäne. Bereits Lenin beschwerte sich in *Staat und Revolution* über diesen Eindruck. Auf Marx' Schriften zur Pariser Kommune verweisend, schreibt er: «Diese bemerkenswerte Kritik am Parlamentarismus, die aus dem Jahre 1871 stammt, gehört jetzt infolge des herrschenden Sozialchauvinismus und Opportunismus ebenfalls zu den <vergessenen Werten> des Marxismus. Die Minister und Berufsparlamentarier, die Verräter am Proletariat und <Geschäfts>sozialisten unserer Tage überließen die Kritik am Parlamentarismus gänzlich den Anarchisten und verschrien aus diesem erstaunlich klugen Grunde jede Kritik am Parlamentarismus als <Anarchismus>!!»

In Deutschland war die Parlamentarismusfrage während der Novemberrevolution von entscheidender Bedeutung. «Nationalversammlung oder Räteregierung» sei die «Kardinalfrage der Revolution», schrieb Rosa Luxemburg in einem Artikel in *Die Rote Fahne*. Sie nannte die Idee, den Sozialismus auf parlamentarischem Wege zu verwirklichen, eine «himmelblaue Phantasie aus dem Wolkenkuckucksheim». Die Sozialdemokraten waren nicht ihrer Meinung und setzten die Nationalversammlung durch. Das war einer von vielen Kompromissen, die ihr historisches Versprechen, den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, zur leeren Worthülse werden ließen.

Gescheiterte Kompromisse

In ganz Europa setzte die Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit auf den «Klassenkompromiss», beruhend auf der Idee, dass der arbeitenden Masse am meisten gedient sei, wenn sie am wirtschaftlichen Aufstieg einer befriedeten bürgerlichen Gesellschaft partizipiere. Hunderttausende radikale Arbeiter wandten sich dem Syndikalismus und Kommunismus zu. Doch der Faschismus und der Zweite Weltkrieg zerstörten die Arbeiterbewegung des frühen 20. Jahrhunderts.

«... eins, zwei, drei, die Abstimmung ist gemacht, das Gesetz ist fertig ... Die Völker brauchen gewöhnlich Jahrzehnte dazu, um solchermaßen zu Stande gekommene Gesetze wieder abzuschaffen. Das ist der Parlamentarismus.»

Johann Most in
«Der Stimmkasten»,
1892

Nach Ende des Krieges wurden die Karten neu gemischt. Mehr denn je wollten sozialdemokratische Parteien staatstragende Kräfte sein. Der ökonomische Boom der Nachkriegszeit – in Deutschland als Wirtschaftswunder bekannt – erlaubte es der Sozialdemokratie, sich als Verwalterin eines altväterlichen Wohlfahrtsstaates zu gerieren. Dann kamen der Zusammenbruch der Sowjetunion und die neoliberale Offensive. Sich jeder eigenen Vision entledigt, hechelt die Sozialdemokratie den Entwicklungen seitdem hinterher. Ihr Niedergang ist hausgemacht. Symbolisch stehen dafür «New Labour» in Großbritannien genauso wie die österreichischen «Nadelstreifsozialisten» und die «Agenda 2010» der Schröder-Regierung. Es bedarf keiner Anarchisten, um die fatalen Konsequenzen Letzterer zusammenzufassen. Marc Nelles schrieb in der *Zeit*: «Die Agenda 2010 ... das sind gesenkte Lohnnebenkosten, liberalisierte Zeitarbeit, Minijobs, Privatrente. Das sind zehn Euro Praxisgebühr und das Herzstück der Reform: Hartz IV, die Verschmelzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem niedrigen Niveau der Sozialhilfe.»

Auch Sozialdemokraten wissen das. Nicht zuletzt schwelgen viele von ihnen heute in Nostalgie. War die Zeit, in der die Bundeskanzler Willy Brandt, Bruno Kreisky und Olof Palme hießen, nicht wunderbar? Zumindest im Vergleich zu heute? Könnte man da nicht wieder hin?

«Dritter Weg» in den Abgrund

Nein. Könnte man nicht. Die Voraussetzungen für die wohlfahrtsstaatliche Idylle sind verschwunden. Es gibt keinen Nachkriegsboom, keine Sowjetunion, kein starkes, gewerkschaftlich organisiertes Industrieproletariat, keine kapitalistische Standortsicherheit. Das imperialistische System, ohne das es nie einen europäischen Wohlfahrtsstaat gegeben hätte, ist zwar intakt, die Profite werden in einer globalisierten Welt jedoch anders verteilt.

Das Zentrum für marxistische Gesellschaftsstudien in Schweden veröffentlichte im Jahr 2011 eine Studie, die sich mit den nostalgischen Neigungen der Sozialdemokratie auseinandersetzt. Die Autoren kommen zu dem folgenden Schluss: «Die Krise der Sozialdemokratie ist das Resultat einer jahrzehntelangen Konzentration auf den Gewinn von Wahlen, ohne Antwort darauf, wie die Hindernisse, die der Parlamentarismus

einer grundlegenden Gesellschaftsänderung in den Weg legt, zu überwinden sind. Der «dritte Weg», den man behauptete einzuschlagen, führte in den Abgrund. Das war nicht das Resultat von Parteiführern, die die Basis verrieten, nicht von falschen Entscheidungen oder historischen Zufällen. Es war die unausweichliche Konsequenz des Widerspruchs, den Sozialismus auf reformistischem Wege erreichen zu wollen. ... Wenn das primäre Ziel der Sozialdemokratie nicht mehr die Veränderung der Gesellschaft ist, sondern es darum geht, sich als «staatstragende Partei» zu beweisen, dann wird die Sozialdemokratie zu einer schlichten Verwalterin des Staatsapparats. Sie ist damit strukturell davon abhängig, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu reproduzieren. Kurz gesagt, sie wird zur Bewahrerin der Klassengesellschaft.»

Wie steht es nun um die Politikverdrossenheit der Menschen, die nicht wählen gehen? Gibt die Hoffnung? Man darf sich hier keinen falschen Illusionen hingeben. Ja, Massen an Nichtwählern machen deutlich, dass etwas nicht funktioniert. Eventuell können sie die Legitimationskrise des Systems vertiefen. Organisierte Wahlboykotte können auch wirksam sein, zumindest solange sie eine Massenbasis haben. Aber Apathie führt nicht zur Herrschaftsfreiheit. Und nur wenige Nichtwähler sind Anarchisten. Vielen ist die Politik schlichtweg egal, andere sind gar reaktionär. Bei der jüngsten Landtagswahl in Bayern gaben bei Weitem die meisten früheren Nichtwähler ihre Stimme der CSU. Dahinter folgte, wenig überraschend, die AfD.

Wahlenthaltung anarchistisch abzufeiern, ist fehl am Platz und im schlimmsten Falle peinlich. Ebenso wie die stolze Erklärung, noch nie gewählt zu haben. Als wäre das eine Leistung. Revolution und Stimmkasten sind zwei unterschiedliche Dinge. Aber auch Anarchisten müssen im real existierenden Parlamentarismus sicherstellen, dass dessen Krise nicht den denkbar schlechtesten Ausgang nimmt: seine Ersetzung durch eine Diktatur. Entsprechende Tendenzen sind deutlich: von den USA über Brasilien bis nach Ungarn.

Es heißt, linke Parlamentarismuskritik unterscheidet sich von rechter, weil sie mehr anstatt weniger Demokratie fordert. Das stimmt wohl, doch bleibt die Frage, was wir unter Demokratie verstehen. Kleinere Demokratien sind nicht zwangsläufig besser als größere, Bürgerinitiativen nicht unbedingt progressiv und Volksbefragun-

gen kein Garant für weise Entscheidungen. Auch das in anarchistischen Kreisen beliebte Konsensprinzip sieht sich Kritik ausgesetzt, sogar aus eigenen Reihen; das einflussreiche CrimethInc.-Kollektiv schreibt in dem Text «From Democracy to Freedom»: «Es ist wert, darüber nachzudenken, was für eine Utopie wir verfolgen, wenn wir Direktdemokratie als Regierungsform idealisieren. Was für ein Maß an Konformität und Totalitarismus bräuchte es, um eine Gesellschaft auf der Basis des Konsensprinzips regieren zu können? Alle müssten dauernd miteinander übereinstimmen. Das hieße, alles müsste ständig auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert werden.»

Beschränkte Hoffnungen

Demokratie bedeutet Debatte, Partizipation, Transparenz. Entscheidend sind Werte und Prinzipien, nicht Formalien. Oder, um noch einmal Rosa Luxemburg zu zitieren: «Die ganze Macht in der Hand der arbeitenden Masse als revolutionäre Waffe zur Zerschmetterung des Kapitalismus – das allein ist wahre Gleichberechtigung, das allein wahre Demokratie!»

Meine persönlichen Hoffnungen in linke Sozialdemokraten à la Mélenchon, Sanders und Jeremy Corbyn sind beschränkt. Doch können sie eine breite, von außerparlamentarischen sozialen Bewegungen getragene Linke stärken, die den Kapitalismus nicht nur verwalten, sondern tatsächlich abschaffen will. Auch Anarchisten dürfen hier keine Berührungsängste haben. Sektierertum hilft niemandem.

In Österreich versuchte die Bewegung «Aufbruch» im Jahr 2016, ein Bündnis von linker Sozialdemokratie bis zur autonomen Linken zu schaffen. Das war der richtige Ansatz – das vorläufige Scheitern des Projektes beweist nicht das Gegenteil, sondern ist schlicht eine Ermahnung, härter und entschlossener an solchen Bündnissen zu arbeiten. Es ist unsere einzige Chance.



Gabriel Kuhn lebt als Autor und Übersetzer in Stockholm. Seine Arbeit ist wesentlich vom klassischen Anarchismus und den angloamerikanischen Cultural Studies beeinflusst. Im Jahr 2014 erschien sein Buch *Die Linke und der Sport*.